



≡ Newsletter
Tabea Rößner, MdB



**Liebe Freundinnen und Freunde,
Liebe Leserinnen und Leser,**

2014 war ein turbulentes Jahr. Es war geprägt von Krieg, Gewalt und humanitären Katastrophen. Die Lage in Syrien, Irak oder in der Ostukraine bestimmte die Außenpolitik, innenpolitisch war die Situation der Flüchtlinge bestimmendes Thema. Der Bombenanschlag auf eine Schule in Pakistan vor wenigen Tagen macht traurig und wütend zugleich. Im kommenden Jahr werde ich mit der Parlamentariergruppe nach Afghanistan und Pakistan fahren und die aktuelle Situation vor Ort in Augenschein nehmen.

In Rheinland-Pfalz hatten wir neben dem Europawahlkampf Kommunalwahl, die für uns sehr erfolgreich waren. Ohne das Engagement der vielen Aktiven vor Ort wäre das nicht möglich gewesen. Daher möchte ich an dieser Stelle allen für Ihren Einsatz herzlich danken!

In Berlin standen in den vergangenen Wochen in meinen Themenfeldern die Beratungen über die Deutsche Welle und den Haushalt an. Wir GRÜNE haben beantragt, eine Milliarde für den Breitbandausbau zur Verfügung zu stellen, was die Koalition aber leider ablehnte. In der Deutschen Welle rumort es, da der Intendant eine große Umstrukturierung plant und viele MitarbeiterInnen um ihren Job bangen.

Schwerpunkt der Bundestagsfraktion ist TTIP, zu dem wir im kommenden Jahr auf Tour gehen. In Berlin hatte ich bereits eine Veranstaltung, die sich speziell mit den Auswirkungen auf den Kultur- und Medienbereich beschäftigt hat.

In Rheinland-Pfalz beschäftigt mich weiterhin der Verkehrslärm. Die Bundesregierung hat das Ziel, den Bahnlärm bis 2020 zu halbieren. Im Jahr 2016 wird der Stand der Umrüstung evaluiert. Ich befürchte, dass es für die Bundesregierung ein böses Erwachen gibt. Mit Abgeordneten aus anderen Fraktionen habe ich eine Parlamentariergruppe zum Bahnlärm ins Leben gerufen, mit der wir den Druck auf die Bundesregierung erhöhen wollen. Die NORAH-Studie im Rhein-Main-Gebiet hat erste Ergebnisse zu den Auswirkungen von Fluglärm veröffentlicht. Das Ergebnis: Je näher Kinder am Flughafen leben und zur Schule gehen, desto schlechter lernen sie lesen. Das bestätigt unsere Vermutungen und festigt unseren Willen etwas zu verändern.

Passend zum Jahresende ist meine [neue Website](#) online, auf deren Seite ich Euch ganz herzlich einlade. Viel Spaß beim Stöbern! Über Rückmeldungen freue ich mich sehr.

Ich wünsche Euch allen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Genießt die Zeit im Kreis Eurer Lieben und tankt ordentlich Kraft. Im Jahr 2015 haben wir viel vor. Einen kleinen Weihnachtsgruß – ganz persönlich von mir – findet Ihr am Ende des Newsletters.

Eure

Aus dem Bundestag

Medien aktuell

Deutsche Welle

Quo vadis Deutsche Welle?: In der Deutschen Welle rumort es gewaltig. Viele Beschäftigte sind verunsichert, sie fürchten um ihren Arbeitsplatz und gehen auf die Straße. Grund dafür ist die geplante Neuausrichtung des Auslandssenders. Intendant Peter Limbourg will die Deutsche Welle unter die Top 3 der Auslandssender führen und so internationalen Granden wie der BBC Konkurrenz machen. Meinen Blogbeitrag dazu findet ihr hier: <http://gruenlink.de/v8c>. Die Deutsche Welle war auch Thema im Bundestag. Meine Rede dazu gibt es hier als Textversion <http://gruenlink.de/v9b> und als Video <http://gruenlink.de/v9c>.

Deutsche Welle-Intendant Limbourg will Sprachangebot massiv kürzen: Peter Limbourg, Intendant der Deutschen Welle, pokert hoch. Aber jetzt hat er sich möglicherweise verzockt. Vor ein paar Wochen hatte Limbourg vor dem Kultur- und Medienausschuss des Bundestags angekündigt, dass bei einer ausbleibenden Erhöhung des Deutsche Welle-Etats ab März 2015 mit „deutlichen Einschränkungen“ zu rechnen sei. Nun hat er die Katze aus dem Sack gelassen.

<http://gruenlink.de/v8d>

ZDF-Staatsvertrag

Große Koalition will weiter ZDF regieren: Die Ministerpräsidenten offenbaren mit ihrem Beschluss zur Novellierung des ZDF-Staatsvertrages ihre Selbstbedienungsmentalität. Die Plätze der staatlichen Vertreter der zukünftigen ZDF-Aufsicht werden zukünftig wohl vor allem von CDU und SPD besetzt sein. Die Forderung des Bundesverfassungsgerichts – für mehr Staatsferne und eine Abbildung der Vielfalt in Staat und Gesellschaft zu sorgen - wird damit nicht erfüllt. <http://gruenlink.de/v8e>

Vielfalt in den Gremien – Vorschläge für die Novellierung des ZDF-Staatsvertrags: Ein halbes Jahr verhandelten die Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzleien über die Umsetzung des Bundesverfassungsurteils zum ZDF-Staatsvertrag. Mehr Staatsferne, mehr Vielfalt, mehr Transparenz und Öffnung der Strukturen sind die Vorgaben der Karlsruher Richter. Da wir Grüne aus dem Bundestag heraus die Normenkontrollklage mit vorangetrieben haben, haben wir mit einem konstruktiven Vorschlag zur Ausgestaltung des ZDF-Staatsvertrages einen Beitrag geleistet.

<http://gruenlink.de/v9a>

Novellierung des ZDF-Staatsvertrags: Klare Kriterien und öffentliche Debatte notwendig: Nach all der andauernden und offensichtlich ergebnislosen Mausehelei in den Hinterzimmern der Staatskanzleien wären Anhörungen und öffentliche Diskussionen überfällig gewesen. Was sich im Vorfeld der MPK im Oktober an vermeintlichen Regelungen abzeichnete, hätte ebenso nicht die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfüllt. Die Ministerpräsidenten haben die wichtige Chance verstreichen lassen, den Zuschauerinnen und Zuschauern zu signalisieren: Auch wir wollen ein staatsfernes, unabhängiges und vielfältiges ZDF. <http://gruenlink.de/v8f>

Raus aus den Hinterzimmern!: Bei der Neuauflage des ZDF-Staatsvertrages bleiben die Türen der Hinterzimmer geschlossen. Die Verhandlungen der Ministerpräsidenten fanden wieder einmal unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Es muss Anhörungen, öffentliche Diskussionen und eine Veröffentlichung der geplanten Änderungen gegeben. <http://gruenlink.de/v8g>

Leistungsschutzrecht

Rede zum Aufhebungsgesetz Leistungsschutzrecht (Zu Protokoll): Wie unsinnig das Leistungsschutzrecht ist, hat die Posse rund um Google und die VG Media bewiesen. Zuletzt haben die meisten der in der VG Media zusammengeschlossenen Verlage, darunter auch Springer entschieden, dass sie auf Google weiterhin auch mit den Snippets ihrer Texte gefunden werden wollen. Warum? Weil sie sonst erhebliche Rückgänge ihrer Klickzahlen zu verbuchen hätten. Die Rede: <http://gruenlink.de/v8h>

Leistungsschutzrecht beerdigen – über Wert von Journalismus diskutieren: Die Folgen des Leistungsschutzrechts wurden in der vergangenen Wahlperiode von der Opposition, aber auch von einigen Vertretern der Koalition und Experten im parlamentarischen Beratungsprozess vorhergesagt. Damals war auch die SPD mehr als kritisch, seit ihrer Regierungsbeteiligung ist die Kritik verstummt. Nun muss auch die Bundesregierung endlich eingestehen, dass es ein Fehler war, dieses Gesetz zu forcieren. <http://gruenlink.de/v99>

Leistungsschutzrecht ist tot - es lebe der Journalismus!: Das jüngste Kräftemessen hat zunächst ein Ende gefunden: Die meisten der in der VG Media vertretenen Verlage haben „aus wirtschaftlichem Druck“ eine widerrufliche Einwilligung an Google erteilt, ihre Verlagsinhalte in Snippets weiterhin wie üblich anzuzeigen – und zwar gratis. <http://gruenlink.de/v8i>

Breitband

GRÜNE kämpfen auf allen Ebenen für eine flächendeckende Breitbandversorgung: Ein schneller Internetanschluss ist gleichermaßen wichtig für die gesellschaftliche Teilhabe und als Standortfaktor. Daher freue ich mich sehr, dass Rot-Grün in Rheinland-Pfalz den Breitbandausbau vorantreiben will. Anders als die Bundesregierung will das Land dafür eigene Mittel in die Hand nehmen. Das begrüße ich. <http://gruenlink.de/v98>

Rede zum Etat des Bundesministeriums für Verkehr und Digitale Infrastruktur: Sagen wir, wie es ist: Die Bundesregierung stellt keinen Cent für den Breitbandausbau in Deutschland für das Jahr 2015 zur Verfügung. Sie setzt somit den technologischen Fortschritt aufs Spiel. Wir GRÜNE fordern eine Milliarde Euro für den Breitbandausbau. Die Rede: <http://gruenlink.de/v8l> Das Video: <http://gruenlink.de/uz0>

Grüne fordern eine Milliarde für Breitbandförderung: Die Bundesregierung vernachlässigt massiv den Breitbandausbau. Kanzlerin Angela Merkel hat zwar die Relevanz des schnellen Internets betont, aber von schönen Reden alleine verlegt sich kein Kabel. Die Wahrheit ist, dass der Bund keinen einzigen Cent extra im Haushalt für den Breitbandausbau bereitstellt. <http://gruenlink.de/v8j>

Rede zur Digitalen Agenda der Bundesregierung: Im Plenum debattierte der Bundestag die sogenannte "Digitale Agenda" der Bundesregierung. Teil dieser Agenda sind auch Vorhaben zum Breitbandausbau. In meiner Rede kritisiere ich die unsichere Finanzierung. Keine Förderprogramme, nur die (unsicheren) Erlöse aus der Frequenzversteigerung - so sieht der Masterplan der Regierung aus. Die Rede: <http://gruenlink.de/v8k> Das Video: <http://gruenlink.de/uyy>

Veranstaltungen-Termine

TTIP-Fehler?: Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für faire und transparente TTIP-Verhandlungen ein. Auch in der Kultur – und Medienszene sind die möglichen

Auswirkungen von TTIP ein heißes Thema. Die Fraktion veranstaltete deshalb am 3. Dezember ein Streitgespräch zum Thema TTIP, Kultur und Medien. <http://gruenlink.de/v8n>

Veranstaltung: „Medien als Mittel zum Zweck? Der Krieg um die Meinungshoheit in der Ukraine-Krise“, 22.01.2015, 18 Uhr im Ciné Mayence (Schillerstraße 11, 55116 Mainz): Seit Beginn des Konflikts in der Ukraine stehen die Medien mit ihrer Berichterstattung in der Kritik. Eine Schwemme von Leserbriefen flutet die Redaktionen von Tageszeitungen und Fernsehanstalten. Das Land ist Schauplatz eines Interessenkonflikts zwischen Russland und der Europäischen Union, der sich auch in der Berichterstattung fortsetzt. <http://gruenlink.de/v8p>

Weitere Medienthemen

Reporter ohne Grenzen: Pressefreiheit weltweit unter Druck: Im Jahr 2014 hat sich die Situation der Pressefreiheit weltweit weiter verschlechtert. Journalistinnen und Journalisten müssen immer öfter damit rechnen, entführt zu werden und sehen sich Repressalien und Gewalt ausgesetzt. Insbesondere in den Krisengebieten in Syrien und im Irak werden sie gezielt von Extremisten attackiert, öffentlich inszenierte Enthauptungen werden von ISIS für Propagandazwecke missbraucht. Das ist, so Reporter ohne Grenzen, „eine neue Qualität“ im Umgang mit Journalisten. <http://gruenlink.de/v97>

Zum Etat des Bundes für Kultur und Medien 2015: Viele Filmschaffende in Deutschland haben mit der Bundesregierung ein Hühnchen zu rupfen. Eines der wichtigsten Instrumente zur Film- und Wirtschaftsförderung in unserem Land, der Deutsche Filmförderfonds (DFFF), wird im Jahr 2015 definitiv um 10 Millionen Euro auf 50 Millionen Euro heruntergekürzt. Staatsministerin Grütters zeigt damit, dass für sie das Thema Film keine Priorität hat. <http://gruenlink.de/v8s>

Themenwoche Toleranz - Stärkere Sensibilisierung der ARD-Redaktionen gefordert: Die Themenwoche Toleranz offenbart deutliche Defizite der ARD-Verantwortlichen im Umgang mit der Thematik. Die vermeintlich provokanten Plakate werfen Fragen auf, die die Gesellschaft schon längst beantwortet hat. Die ist nämlich viel weiter, als die Kampagne vermuten lässt. <http://gruenlink.de/v8v>

heute show - Demokratie braucht Satire! Es mag eine Formalie, eine Petitesse in einem Einzelfall gewesen sein: Dennoch hat der Bundestag die Bedeutung der Meinungsfreiheit verkannt, als sie dem Fernsehteam der „heute-show“ die Drehgenehmigung verweigerte. Denn auch für politisch-satirische Magazine gilt, dass sie im demokratischen Willensbildungsprozess ihren Platz haben müssen. <http://gruenlink.de/v8x>

Antiziganismus - Medien befördern Vorurteile: Medien leisten einen elementaren Beitrag zur demokratischen Willensbildung. Sie befördern aber auch Vorurteile. Dies belegt die Studie von Markus End, der die Berichterstattung über Sinti und Roma in Deutschland untersucht hat. <http://gruenlink.de/v8z>

Jugendkanal - Nur ein Trostpflaster: Der Kompromiss der Ministerpräsidenten ist der allerkleinste gemeinsame Nenner. Wir bedauern, dass eine große Chance vertan wurde. Wenn die Öffentlich-Rechtlichen ihren Auftrag ernst nehmen, müssen sie ihr Angebot verjüngen. Ob dies mit einem reinen Online-Kanal gelingen kann, wird sich noch zeigen. <http://gruenlink.de/v91>

Verkehr

Terminal 3: Keine EU-Steuer Gelder für dieses irrsinnige Projekt: Terminal 3 – das steht für mehr Flugbewegungen und damit auch für mehr Lärm in der Region. Die Grenzen der Belastbarkeit sind weit überschritten, deshalb darf es nicht kommen und erst Recht nicht mit zusätzlichen öffentlichen Mitteln finanziert werden. <http://gruenlink.de/v96>

Subventionierung des Luftverkehrs wird ausgeweitet: Als „befristete Maßnahme während der 2. Regulierungsperiode (2014-2019)“ bezeichnet die Bundesregierung den Finanzmittelzufluss an die Deutsche Flugsicherung. Damit entlässt sie die Fluggesellschaften als Verursacher aus der Verantwortung. Das ist nicht richtig. Die Deutsche Flugsicherung muss den reibungslosen Ablauf am Flughafen gewährleisten und soll darüber hinaus lärmärmere An- und Abflugverfahren sicherstellen. <http://gruenlink.de/v95>

Halbierung des Bahnlärms bis 2020 fraglich: Es bleibt weiterhin fraglich, ob der Bahnlärm bis 2020 halbiert werden kann. Der Bundesregierung sind bislang noch nicht einmal die prozentualen Zahlen an Güterwagen bekannt, die auf lärmreduzierte Bremsbeläge umgerüstet haben. <http://gruenlink.de/v94>

Luftverkehrssteuer mit Grundgesetz vereinbar: Ich freue mich sehr über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Auch künftig hat die Luftverkehrssteuer Bestand und kann weiterhin erhoben werden. Sie bringt dem Bund pro Jahr rund eine Milliarde Mehreinnahmen. <http://gruenlink.de/v93>

Schüler leiden unter Fluglärm: Der Fluglärm hat massive Auswirkungen auf die Menschen in der Region. Das haben wir alle schon lange vermutet. Nun haben wir es, dank der NORAH-Studie, auch Schwarz auf Weiß. <http://gruenlink.de/v92>

Kein Grund zum Feiern, Zeit zum Handeln: Den 21. Oktober 2011 werden die Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Main-Gebiet nicht vergessen. Mit diesem Tag, an dem Frau Merkel in Frankfurt einflog, hat sich die Rhein-Main-Region ganz maßgeblich verändert. <http://gruenlink.de/v90>

Vor Ort in Rheinland-Pfalz

Bedenken müssen ernst genommen werden: Die Zweifel des Ingenieurgeologen aus Aachen ist nur einer unter vielen. Es gibt schon länger Bedenken an der möglichen Standfestigkeit einzelner Pfeiler des Hochmoselübergangs wie auch Kritik am Umfang der bisherigen Gutachten. Die Bundesregierung muss die Bedenken ernst nehmen. <http://gruenlink.de/v8y>

Stellungnahme zur Kabinettsumbildung in Rheinland-Pfalz: Im November wurde eine umfangreiche Kabinettsumbildung in der Landesregierung Rheinland-Pfalz bekannt gemacht. Die drei grünen Ministerinnen bilden nun die Konstante innerhalb der rot-grünen Landesregierung. Ich bin davon überzeugt, dass die Koalition weiterhin vertrauensvoll zusammenarbeiten wird. <http://gruenlink.de/v8w>

Lesselallee: 53 Bäume waren gesund: Viele Bürgerinnen und Bürger waren schockiert, als die Stadt die Lesselallee fällte. Nun ein erneuerter Hammer: Laut der Begutachtung von Prof. Ulrich Weihs waren 75 Prozent der Kastanien kerngesund. Der Wiesbadener Ordnungsdezernent Franz hat offensichtlich gelogen, als er der Presse mitteilte, dass alle Bäume befallen seien. So verspielt man sich jegliches Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. <http://gruenlink.de/v8u>

Eine riesengroße Schweinerei: Die Befürchtungen, die sich aus der Antwort meines Briefes vermuten ließen, sind bittere Realität geworden. Die Stadt Wiesbaden hat die Kastanien gefällt, obwohl das Gerichtsverfahren zur Lesselallee am Verwaltungsgerichtshof in Kassel nicht abgeschlossen war, es

ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Wiesbaden und ein Bürgerbegehren zum Erhalt der Allee gab. Dieses Verhalten ist schlicht ignorant und eine Riesenschweineerei. <http://gruenlink.de/v8r>

Scheuklappen ablegen!: Es dürfte wohl schwierig werden die Wiesbadener Stadtspitze von Alternativen zur Fällung der Lesselallee auf der Kostheimer Maarau zu überzeugen. Das zeigt die Antwort auf meinen Brief sehr deutlich. In dem Schreiben wurde lediglich das bisherige Verfahren beschrieben und dargelegt, warum es sich, aus Sicht der Stadt, nicht um eine vorschnelle Entscheidung handelt. <http://gruenlink.de/v8o>

Wer regiert, trägt die Verantwortung: Die Mainzer Abgeordneten von CDU und SPD sind Teil der Großen Koalition in Berlin und regieren mit. Sie tragen daher auch Verantwortung für das Handeln der Bundesregierung in der Frage der Flüchtlingsunterbringung. <http://gruenlink.de/v8m>

Flüchtlingsunterbringung: GRÜNE sehen Bund in der Pflicht: Die Bundesregierung spricht vollmundig von Solidarität mit Menschen, die unter anderem vor dem Terror des IS fliehen. Doch bei der Flüchtlingsunterbringung in Deutschland lässt sie die Kommunen einfach im Stich. Städte wie Mainz kommen kaum noch mit dem Bau von Unterkünften nach, die Unterbringung der Menschen wird immer schwieriger. <http://gruenlink.de/v8q>

Termine 2015

7. bis 9. Januar:	Neujahrsklausur der Bundestagsfraktion, Weimar
12. bis 16. Januar:	Sitzungswoche, Berlin
18. Januar:	Kreis-Fassenacht, 17.11 Uhr, Rheintal-Kongress-Zentrum, Bingen
20. Januar:	TTIP-Fehler? - Auswirkungen auf Kultur und Medien, 19 Uhr, Fabrik 45, Bonn
22. Januar:	Medien als Mittel zum Zweck? Der Krieg um die Meinungshoheit in der Ukraine Krise - 18 Uhr im Ciné Mayence, Schillerstraße 11, Mainz
25. Januar:	Klausur des KV Neuwied, 13 Uhr, Linzer Salon, Linz am Rhein
26. bis 30. Januar:	Sitzungswoche, Berlin
31. Januar:	Neujahrsempfang des KV Rhein-Hunsrück, 14 Uhr, Alter Bahnhof, Emmelshausen

Zu guter Letzt

Mit diesem kleinen – ganz persönlichen - [Weihnachtsgruß](#) wünsche ich Euch eine wunderschöne Weihnachtszeit.

Sie erhalten diesen Newsletter, da Sie sich hierfür auf www.tabea-roessner.de angemeldet haben. Der Empfang dieses Newsletters ist kostenlos. Sie können sich unter <http://www.tabea-roessner.de/newsletter.html> jederzeit vom Newsletter abmelden.